

blickpunkt

Nr. 257
Mai 1992

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MÖRFELDEN-WALLDORF

Sozialabbau soll noch verschärft werden

Die Forderungen führender Politiker, Sozialleistungen abzubauen, häufen sich. Dabei ist der Sozialabbau schon in vollem Gange. Was ist denn die Anhebung der Renten in den alten Bundesländern um nur 2,71 Prozent anderes als Sozialabbau? Die Teuerungsrate liegt bei fast fünf Prozent. Da ist es doch völlig gleichgültig, wie die Anhebung der Renten berechnet wird, ob es gesetzlich so

festgelegt ist oder nicht, wer zugestimmt hat und wer nicht - fest steht: Für die Rentnerinnen und Rentner gibt es in diesem Jahr bei der Preissteigerungsrate dieses Jahres einen Sozialabbau, eine Senkung ihrer realen Einkommen.

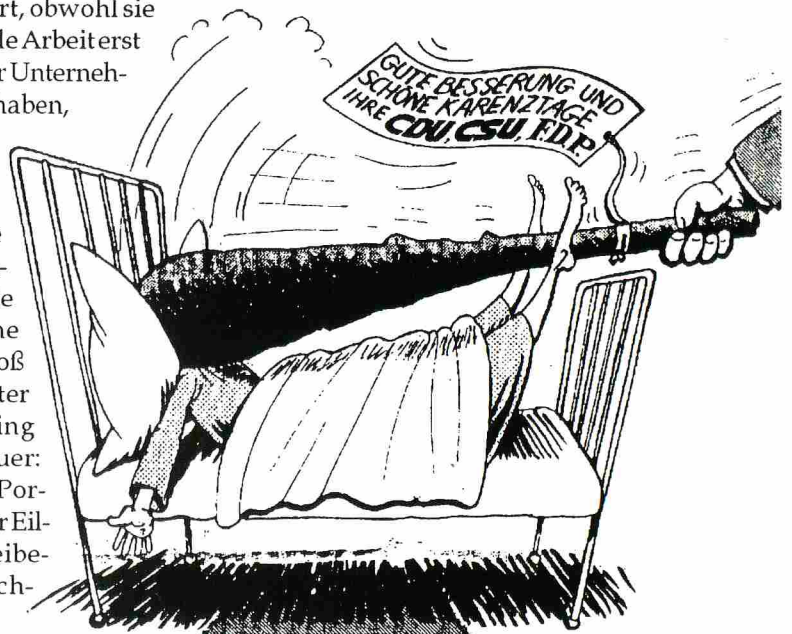
Unter dem Beifall des CDU-Wirtschaftsrates wurde der Plan enthüllt, für die Arbeiter die vor über 20 Jahren abgeschafften Karenztage wieder einzuführen. Sie sollen für die ersten drei Krankheitstage künftig keine Lohnfortzahlung mehr erhalten. Die Blaumänner werden als Blaumacher diffamiert, obwohl sie durch ihrer Hände Arbeit erst den Reichtum der Unternehmer geschaffen haben, einen Reichtum, der heute größer denn je ist. Während die Flammen der Empörung über die Karenztagepläne hochschlugen, goß CDU-Postminister Schwarz-Schilling noch Öl ins Feuer: Mit drastischen Portorhöhungen für Eilbriefe, Einschreibebriefe und Nachnahmebriefe.

Schon gibt es weitere Abbaupläne im Gesundheitsministerium: Keine Leistungen mehr von der Krankenkasse bei Zahnersatz, Selbstbeteiligung bei ambulanter Arztbehandlung, kein Geld mehr von der Kasse für Brillen und Kontaktlinsen, kein Geld für Taxifahrten zum Arzt, Wegfall des Sterbegeldes usw. usf.

Ach ja, wir wollen mal sehen, wann unser örtlicher Kämmerer die nächste Gebührenerhöhung vorschlägt. Sicher doch erst nach der Kommunalwahl im Frühjahr 1993 - oder...?

Preistreiberei

Geschwätzt wird viel. So hört man auch von Sozialdemokraten oft: "Der Individualverkehr muß zurückgedrängt, der Personennahverkehr attraktiv gemacht werden." Die Taten sehen anders aus: Zum 1. Mai hoben die kreiseigenen "Riedwerke" die Fahrpreise für ihren Omnibusverkehr an - für Einzelfahrscheine um 11,5 Prozent, für Schülerwochenkarten um 9,5 Prozent und für die Umweltkarte um 7,5 Prozent. Die seit 1985 gültigen Tarife wurden wie folgt angehoben: Einzelfahrscheine zwischen 10 und 40 Pfennig, Schülerwochenkarten um 1,- bis 1,50 DM. Die seit 1991 angebotene Monatsnetzkarte für Schüler kostet monatlich 45 DM.



Wie weit ist Los Angeles?

Der Aufstand der Armen in den USA hat auch bei uns viele erschreckt - ob sie auch nachdenklich wurden, ist zu bezweifeln. Heute wird deutlich: Rüstung und Krieg haben die Welt aus den Angeln gehoben.

Die Staaten des real-existierenden Sozialismus rüsteten sich bankrott, und auch der Gewinner in dieser weltweiten Auseinandersetzung erlangte nur einen Pyrrhussieg, denn auch die amerikanische Volkswirtschaft ist vom jahrzehntelangen Wettrennen fundamental beschädigt.

Die politischen Fronten der Zwi- schenepoche, werden nicht mehr ideologisch zu definieren sein, sondern sie werden zwischen den reichen und den armen Staaten verlaufen, also auf der einen Seite etwa 20, auf der anderen 80 Prozent der Menschheit.

Die kapitalistisch-industriell hoch entwickelte USA, aber auch die Europäer und Japaner werden ihre Weltmachtposition in den nächsten Jahren wohl noch ein gut Stück ausbauen. Aber die "Grenzen des Wachstums" im herkömmlichen Sinn sind erreicht. Nicht nur die ökologischen Zerstörungen haben Dimensionen erlangt, die bei einem forschen "Weiter so" zum kollektiven Selbstmord der Menschheit führen müssen. Auch die soziale Sprengbombe tickt weltweit. Sie zu entschärfen, dafür reichen die konventionellen kapitalistischen Denkkategorien nicht mehr aus.

Dies alles gilt auch für uns. Los Angeles ist nicht weit. rh

Diesmal war es »nur« Ruß

Vor vier Wochen brannte ein Reifenlager in Gernsheim. Auch aus unserer Stadt waren Feuerwehrleute im Einsatz. Der Bevölkerung im Kreis Groß-Gerau wurde über den Rundfunk geraten, die Fenster geschlossen zu halten. Bis zu uns wehte der Geruch verbrannten Gummis und sicher auch anderer Dreck. Was wäre gewesen, wenn Biblis außer Kontrolle geraten wäre? Die Windrichtung hätte gestimmt.

Erster Aufruf zur Kommunalwahl 1993

Am 7. März 1993 wird das Stadtparlament neu gewählt.

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Mörfelden-Walldorf hat die Absicht, zur Kommunalwahl 1993 mit einer für parteilose Kandidatinnen und Kandidaten offenen Liste zu kandidieren.

Ziel der Kandidatur ist der Wiedereinzug in das Stadtparlament und die Fortsetzung der parlamentarischen Arbeit als linke Opposition in Mörfelden-Walldorf. Sollten weitere Gruppen die Absicht bekunden, für diese Ziele zu kandidieren, dann ist die DKP für eine erneute Diskussion der Kandidaturform offen.

Wir halten eine Opposition links von SPD und GBL in unserer Stadt nach wie vor für notwendig und wollen, daß diese auch im Parlament zu Wort kommt.

Wir rufen alle, die auch dieser Meinung sind, auf:

Bereitet mit uns die Kommunalwahl 1993 vor!

Arbeitet an einem "Programm für Mörfelden-Walldorf" mit, das die Interessen der "kleinen Leute" zum Inhalt hat!

Kandidiert mit uns für das nächste Stadtparlament!

Ruft uns an oder schreibt uns eure Meinung - auch für den "blickpunkt", die Stadtzeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf.

**Kommt zu unserer ersten öffentlichen
Versammlung zur Kommunalwahl 1993
am Mittwoch, den 3. Juni 1992
ins Bürgerhaus Mörfelden, Clubraum.
Beginn der Versammlung: 20.00 Uhr.**

DKP OFFENE LISTE MÖRFELDEN-WALLDORF

Rudolf Dötsch, Stadtverordneter, Schumannstraße 3, Tel. 3166
Heinz Hechler, ehrenamtl. Stadtrat, Van-Dyck-Str. 48, Tel. 3335
Rudi Hechler, Fraktionsvorsitzender, Hochstraße 22, Tel. 22362
Gerd Schulmeyer, Vorsitzender der DKP Mörfelden-Walldorf,
Stadtverordneter, Wolfsgartenstraße 2, Tel. 23366

Gedanken zur Kommunalwahl

Der Wahlkampf für die Kommunalwahl '93 ist angelaufen. Da fällt es den Trägern der örtlichen Parteien wieder ein, daß zu einer Wahl auch Wählerinnen und Wähler gehören. Die hiesigen Sozialdemokraten werben in Anzeigen für ihre Politik und versuchen die Bürgerinnen und Bürger "informativ" aufzuklären. Sie verstehen sich zudem oft als die alleinigen Vertreter vieler Stadtverordnetenbeschlüsse. Leider vergessen die Sozialdemokraten oft ihre eigene politische Verantwortung für so manche Fehlleistung und Fehlentwicklung in dieser Stadt. Die GBL, einst angetreten gegen die Arroganz der Macht, beugt sich den Interessen der SPD und ist inzwischen selbst Teilhaberin einer Koalition, die sich oft genug arrogant gibt. Viele kritische Bürgerinnen und Bürger sind parteipolitisch enttäuscht und haben resigniert. Sie glauben gegen eine Macht in Bund, Land und Kommune nichts ausrichten zu können. Bei den Arbeitskämpfen der ÖTV und anderer Einzelgewerkschaften haben sich viele Mitbürgerinnen und Mitbürger erneut eingesetzt. Leider gab es beim Tarifabschluß wieder Enttäuschungen, zumal durch die Anhebung der Gebühren wohl die Tariferhöhungen wieder halbiert werden. Zunehmend macht sich auch Angst in unserer Stadt breit. Die Angst, eine Wohnung zu verlieren oder diese nicht mehr bezahlen zu können. Die Sorge um den Arbeitsplatz und ständig steigende Preise. Immer mehr Menschen werden aus den Großstädten in das Umland drängen, der Siedlungsdruck wird größer und neue Probleme kommen auf die Kommunen zu. Verstopfte Straßen durch immer mehr Verkehr, schlechte Luft und Dreck werden die Wohnqualität mindern. Auch Isolierung und Einsamkeit unter

den Menschen machen vor kleineren Städten keinen Halt mehr. Kommunalpolitiker werden am Ende dieses Jahrhunderts vor großen Problemen stehen. Wir sind alle gefordert, denn auch morgen müssen wir eine Welt vorfinden können, in der man noch leben kann. Wenn man die Zukunft gestalten will, dann muß Demokratie funktionieren. Demokratie kann nur funktionieren, wenn Menschen ernst genommen werden. Die parlamentarische Arbeit ist nur einem kleinen Teil der Bevölkerung zugänglich und daher auch nicht immer verständlich. Kommunalpolitiker laufen auch Gefahr sich abzuheben von der Realität in ihrer Stadt. Bürgerversammlungen verkümmern oft durch lange Vorträge und Selbstdarstellungen der hauptamtlichen Magistratsmitglieder. Es muß mehr darauf geachtet werden, daß die Belange der Bürgerinnen und Bürger ernst genommen werden, gerade dann, wenn sie mal nicht in ein parteipolitisches Konzept passen. Helga Fritz

Die haben Sorgen . . .

Die CDU der Doppelstadt hat den Wahlkampf begonnen. Eine ihrer anscheinend ganz wichtigen Forderungen: die Schilder "Atomwaffenfreie Zone" sollen weg. Da wird man dann schon mal beim Landrat



CDU-Fraktionschef Hugo Jung, noch nicht abgeschminkt.
(Foto: Freitags-Anzeiger, 30.4.92)



DAS ZITAT

»Was uns von den Sozialdemokraten trennt, ist ja gar nicht so viel. Es gibt allerdings einen prinzipiellen Unterschied. Sozialdemokraten sind genau wie wir für soziale Verbesserung, für eine bessere Lebensqualität, für Demokratie und Freiheit. Nur: Sie wollen es mit den Kapitalisten machen. Wir hingegen sind der Meinung, daß man es ohne Kapitalisten kann - muß. Da zieht sich, vereinfacht gesagt, der Trennstrich zwischen der Grundhaltung sozialdemokratischer Politik und unserer.«

Walter Janka

aktiv und schreibt Pressenotizen. Aber auch zu Themen, die den Bürgern auf den Nägeln brennen, hat die CDU eine Meinung. So ist sie für "moderatere Verhandlungen zur Verringerung der Belästigungen in Sachen Flughafen". (Da freut sich aber die FAG!)

Damit das alles zu bewältigen ist, schlägt Hugo Jung (der Mann mit Zylinder) vor, hauptamtliche Fraktionsassistenten (für jede Fraktion einen) einzustellen.

Bezahlt werden sollen die Leute aus Steuermitteln. Da genau sind die hiesigen Schwarzen eh nicht pingelig. Als einzige Fraktion haben sie in Walldorf Fraktionsräume angemietet. (Allein die Miete kostet den Steuerzahler jährlich über 20.000 Mark.) Auch an diese "Kleinigkeiten" soll man gelegentlich denken, wenn wieder gewählt wird.

Kommunalwahl 7. März 1993 - Demokratie braucht Opposition

Sexueller Mißbrauch

Der Frauentreff e.V. Mörfelden-Walldorf hatte zur Informationsveranstaltung über den sexuellen Mißbrauch von Kindern und Jugendlichen eingeladen. Rund 80 interessierte BürgerInnen, Mitglieder von Parteien und Initiativen waren ins Bürgerhaus Mörfelden gekommen, um gemeinsam mit den Vertreterinnen von "Wildwasser" Kreis Groß-Gerau e.V., dem Kinderschutzbund Langen und einer Rechtsanwältin sich diesem Thema anzunehmen. 30000 Kinder werden jährlich in unserem Land sexuell mißbraucht, d.h. jedes vierte Kind in der BRD. Was ist sexueller Mißbrauch? "Sexueller Mißbrauch ist körperliche und psychische Gewaltausübung mittels sexueller Handlungen am Körper und an der Seele eines Kindes." Sexueller Mißbrauch fängt da an, wo sich ein Erwachsener bewußt am Körper eines Kindes sexuell erregt und befriedigt. Die Folgen von sexuellen Mißbrauch sind schwerwiegend und weitreichend. Jeder plötzlich auftretenden Verhaltensauffälligkeit kann sexueller Mißbrauch zugrunde liegen (Quel-

le: Informationsbroschüre "Wildwasser"). Die Täter sind selten Fremde, in der Regel Verwandte oder nahe Bekannte der Familie. Die Opfer sind meistens Mädchen, die über Jahre hinweg mißbraucht werden. Die Opfer schweigen aus Scham, Angst vor dem Täter und aus Schuldgefühlen. Bis die Betroffenen den Mut finden darüber zu reden, ist die Tat oft schon verjährt. Kommt es zur Anzeige haben die betroffenen Mädchen oft eine lange Auseinandersetzung vor sich. Vor Gericht sind sie das Opfer und einzige Zeugin zugleich, d.h. sie müssen beschreiben wie die Tat abgelaufen ist und die Beweise für die Tat erbringen. Wichtig ist es zu lernen, über sexuellen Mißbrauch offen zu sprechen und den Opfern zu glauben. Beschimpfungen über Frauen, die dieses Thema angeblich zu Unrecht in die Öffentlichkeit bringen, nützen da reichlich wenig. Mehr Sensibilität in der Öffentlichkeit im Umgang mit den Betroffenen ist notwendig. Die Opfer haben ein Recht darauf, sich einen eigenen Weg aus dem Drama zu bahnen.

Wer weitere Informationen möchte und wer selbst Hilfe braucht, kann sich wenden an: "Wildwasser" Kreis Groß-Gerau e.V., Beratungsstelle für Mädchen und Frauen, Hasflocher Str. 150 Helga Fritz

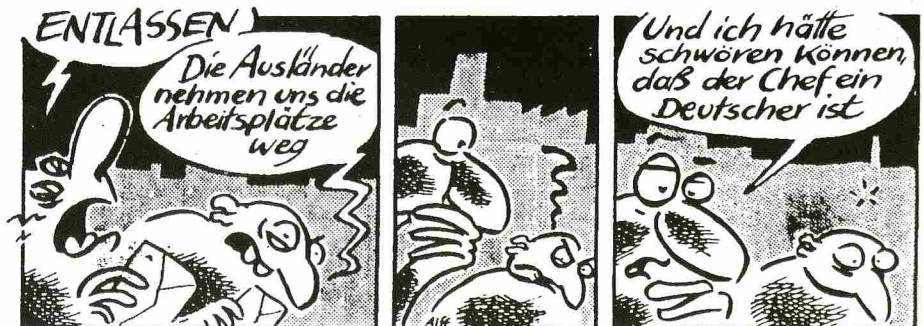
Wohin soll das führen?

Die Landesbausparkasse hat einen Bericht über den "hessischen Immobilienmarkt" veröffentlicht. Danach ist der Traum vom eigenen Häuschen für Otto Normalverbraucher kaum noch zu verwirklichen.

Bei Preisen bis zu einer Million Mark im Rhein-Main-Gebiet in mittlerer Wohnlage können sich selbst Gutverdienende die eigenen vier Wände inzwischen kaum noch leisten. Sogar für Eigentumswohnungen in solcher Lage müssen im Frankfurter Raum inzwischen Quadratmeterpreise um die 5000 Mark bezahlt werden. Auch die Grundstückspreise sind in den Ballungsräumen in schwindelerregende Höhe geklettert. So kostet ein Quadratmeter in Frankfurt in mittlerer Wohnlage bis 3000 Mark, in Bad Homburg 900 Mark, in Darmstadt 600 bis 850 Mark. In unserer Gegend werden schon 1000 Mark für einen Quadratmeter verlangt.

Sportabzeichen '92

Die Vorbereitung für das Sportabzeichen ist in unserer Stadt auch dieses Jahr wöchentlich an zwei Stellen möglich. Dienstags treffen sich die Sportler um 18.00 Uhr im Waldstadion Mörfelden bei der SKV und Donnerstags um 19.30 Uhr bei der TGS in Walldorf. Immer mehr Sportbegeisterte, die etwas für ihre Gesundheit tun wollen, nehmen in den letzten Jahren daran teil. Dem Alter sind keine Grenzen gesetzt. Mit anderen Worten - Sport für Jedermann. Nähere Auskünfte erteilt: Heinrich Hormel, Weingartenstraße 23, Telefon 06105-25843



OPEL RÜSSELSHEIM:

Jeder fünfte Arbeitsplatz soll abgebaut werden

Bei Opel in Rüsselsheim gibt es z. Zt. noch 31.000 Beschäftigte. Auch aus unserer Stadt kommen traditionell viele Opelers. Nun will "General Mo-

tors" den Standort Rüsselsheim "ausdünnen". Bis 1996 soll ein Personalabbau auf 23.160, evtl. sogar auf 19.920, erfolgen.

Angeblich soll das alles ohne Entlassungen vor sich gehen. Wie auch immer: die Arbeitsplätze fehlen, während die GM-Mutter in Detroit in den letzten Jahren Supergewinne aus dem Stammwerk herausgeholt hat. Den protestierenden Kolleginnen und Kollegen bei Opel gehört jetzt die Solidarität der Region.

**Jede Spende hilft dem
»blickpunkt«!**

14 Tage Streik im Öffentlichen Dienst

14 Tage wurde im Öffentlichen Dienst gestreikt. In vielen Großstädten wurde der öffentliche Nahverkehr lahmgelegt, die Müllabfuhr funktionierte nicht, Bahn- und Postdienst waren stark eingeschränkt und auch der Frankfurter Flughafen war einen Tag lang einbezogen - die Einwohner unserer Stadt hatten einmal einen ruhigeren Tag. Auch in Mörfelden-Walldorf waren die in der ÖTV organisierten Kolleginnen und Kollegen im Ausstand. In einigen Bereichen des Öffentlichen Dienstes unserer Stadt ruhte während dieser Zeit die Arbeit völlig, in anderen wurde ein Notdienst eingerichtet. Die streikenden Kolleginnen und Kollegen und ihre Streikleitung gingen sehr verantwortungsbewußt ans Werk und machten mit täglichen Aktivitäten deutlich: Streiken bedeutet nicht Nichtstun, sondern den berechtigten Forderungen der Gewerkschaft Nachdruck verleihen. Das taten sie mit der Teilnahme an Kundgebungen in Rüsselsheim und Groß-Gerau, mit Blockaden an den Rathäusern

und am Bauhof Mörfelden, sowie Flugblattaktionen zum Beispiel am Walldorfer Markt. Sie erfuhren dabei viel Solidarität von Beschäftigten der Stadt, die nicht am Streik teilnehmen konnten, aber auch von Passanten, die den Arbeitskampf angesichts der Arbeitgeberangebote als gerechtfertigt ansahen.

Auch die DKP Mörfelden-Walldorf und die Stadtverordnetenfraktion der DKP überbrachten ein Solidaritätsschreiben und besserten die Streikkasse auf. Nach 14 Tagen Streik kehrten die Öffentlichen Arbeitgeber an den Verhandlungstisch zurück. Das vorliegende Verhandlungsergebnis liegt nur unwesentlich über dem Schiedsspruch, dessen Ablehnung durch die Arbeitgeberseite den Streik unausweichlich gemacht hatte. Viele Kolleginnen und Kollegen, die gestreikt haben, sind der Meinung, es wäre mehr drin gewesen. Die Stimmung und die hohe Streikbereitschaft der Arbeiter und Angestellten in allen Bereichen des Öffentlichen Dienstes, das Verständnis in weiten Teilen der Bevölkerung und die Aussicht auf weitere gemeinsame Aktionen mit den Kolleginnen und Kollegen der IG Metall, Bau Steine - Erden und der IG Medien, die ihre Tarifaussinandersetzungen zunehmend härter führen, sprechen dafür.



Michael Denk wird 80

Der langjährige Stadtverordnete der DKP und Gewerkschaftsfunktionär Michael Denk wird am 4. Juni 80 Jahre alt. Er hat zu seiner Geburtstagsfeier alle seine Freunde und Genossen abends ins Bürgerhaus eingeladen. Anstatt Geschenken wünscht er eine Spende für den Wahlkampf der DKP Mörfelden-Walldorf zur Kommunalwahl '93.

Michael Denk, in Mörfelden bekannt als "Denke-Michel" ist seiner Gesinnung seit seiner Jugend treu geblieben unter dem Motto "alles für die arbeitende Bevölkerung, alles für die kleinen Leute zu tun". Er kann auf eine 65jährige Mitgliedschaft in der Bauarbeitergewerkschaft zurückblicken und war 25 Jahre der Vorsitzende dieser Gewerkschaft in unserer Stadt. Als Kind einer Arbeiterfamilie kam er schon sehr früh mit den Problemen der Arbeiterklasse in Berührung. Schon als Junge halber, die Arbeiterzeitung zu verbreiten und Gewerkschaftsbeiträge zu kassieren. Er war aktiv in der Sportbewegung vor '33 und nach '45 tätig und zählt in Mörfelden zu den Alt-Handballern. Als die Faschisten an die Macht kamen und fast alle Mörfelder Genossen der KPD ins KZ mußten, war Michael Denk unter denen, die in Osthofen Schläge erhielten. Obwohl im Kriege schwer verwundet, gehörte er zu den Männern der ersten Stunde, die in unserer Stadt nach dem Kriege den Karren aus dem Dreck zogen. Er war Gemeinderat, Parlamentarier im Kreistag und lange Jahre Stadtverordneter. Heute verfolgt Michael Denk, obwohl gesundheitlich schon etwas angeschlagen, immer noch die kleine und große Politik, versäumt keine Mitgliederversammlung seiner Partei und steht immer mit Rat und Tat zur Verfügung.

Wir wünschen ihm bei seiner Geburtstagsfeier einige frohe Stunden im Kreise seiner Familie und seiner Genossen und Freunde.



»Viel Zeit bleibt nicht mehr...«

Die Aktionsgemeinschaft Mörfelden-Walldorf gegen den Ausbau der Schnellbahnstrecke im Wohnbereich e.V. (AGS) wandte sich mit nachfolgendem Schreiben erneut an die Öffentlichkeit::

»Die zur Zeit im Rathaus Mörfelden einzusehenden Pläne der DB bzgl. der Neubaustrecke Köln - Ffm. (hier: Unterlagen zum Raumordnungsverfahren einschl. Umweltverträglichkeitsprüfung - Anbindung über Raunheim - Flughafen - Ffm.Sportfeld/Zepelinheim an die Ausbaustrecke Ffm. - Mannheim) lassen für die Bewohner entlang der Strecke Ffm. - Mannheim weitere schlimmste Beeinträchtigungen ihrer Wohn- und Lebensqualität befürchten. Sollte die Anbindung - wie vorgesehen - gegen Ende des Jahrtausends erfolgen, dann wird die Strecke mit weiteren 30 ICEs am Tag (6-22 Uhr) und weiteren 6 ICEs in der Nacht (22-6 Uhr) - und zwar in beiden Richtungen - (also insgesamt 72 ICEs) zusätzlich belastet werden. Zusammen mit den schon bestehenden Linien wird sich dann der ICE-Verkehr auf der Strecke verdreifachen gegenüber der jetzigen Belastung. Diese bedeutende Zunahme des Fernschnellverkehrs läßt sich zusammen mit den anderen von der DB immer wieder erhobenen grundlegenden Forderungen (1. Verlagerung des Gütertransportes von der Straße auf die Schiene, 2. Erhaltung der Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs) u.E. nur verwirklichen, wenn die bestehende sog. Ausbaustrecke in ihrer bestehenden Substanz erweitert wird, d.h. die Erweiterung des jetzigen Gleiskörpers um mindestens ein weiteres Gleis. Dann aber wäre zu prüfen, ob damit - bei völlig anderer Nutzung - die Definition der Strecke als Ausbau-Strecke noch gerechtfertigt ist, oder ob sie die Qualität einer Neubau-Strecke erhält. Wie bekannt, argumentiert die DB ja immer so, daß sie auf ihrem eigenen Gelände, also der Ausbaustrecke, machen könne, was sie wolle, also auch bei wesentlich anderer Nutzung für die Anwohner kein Recht auf adäquate Schallschutzmaßnahmen bestehe. Wenn man die Planung der Neubaustrecke im Bereich Raunheim - Flughafen - Ffm.Sportfeld/Zepelinheim untersucht, dann fällt auf, wie großzügig die DB bei den alternativen Trassierungen (Klaraberg-, Mönchhoftrasse) dort, wo Wohngebiete tangiert werden, Tunnel- oder Troglösungen vorsieht, um den Erfordernissen des Lärmschutzes gerecht zu werden. Dabei sind die betroffenen Wohngebiete in Okriftel oder Kelsterbach bei weitem nicht so umfangreich wie z.B. in Mörfelden-Walldorf. Seit ih-

rer Gründung fordert die AGS Mörfelden-Walldorf, den Fernverkehr im Bereich der Doppelstadt durch einen Tunnel zu führen, um die Anwohner vor unerträglichen Beeinträchtigungen durch Lärm und Erschütterungen zu schützen. Offensichtlich sind jedoch die Anwohner einer Ausbaustrecke gegenüber den Anwohnern von Neubaustrecken juristisch benachteiligt. Die AGS fordert deshalb erneut den Arbeitskreis "Ausbauplanung Deutsche Bundesbahn auf der Riedbahnstrecke" sowie alle politischen Gremien in den Anliegergemeinden des Kreises Groß-Gerau auf, schnellstens ein

Rechtsgutachten durch einen anerkannten Verwaltungsrechtler in Auftrag zu geben, in dem die Umwidmung der Strecke Ffm. - Mannheim infolge der geplanten Nutzung und des zu erwartenden Neu- und Umbaus festgestellt wird. Nur so kann die DB gezwungen werden, geeigneten und ausreichenden Lärmschutz zu leisten. Viel Zeit bleibt dafür nicht mehr. Nach unserer Auffassung haben die politisch Verantwortlichen im Kreis schon allzu lange gewartet. Wir erwarten nun ein schnelles und resolutes Eintreten für die berechtigten Interessen der betroffenen Bürger.«

Es tut sich nichts in unserer Stadt

Trotz intensiver Bemühungen mit mehreren Anträgen der DKP-Fraktion im Stadtparlament und wiederholter Hinweise im "blickpunkt" tut sich im Rathaus noch nichts für die Verbesserung der Radwege in unserer Stadt. Im innerstädtischen Bereich gibt es noch immer so gut wie keine Randsteinabsenkungen bei Radwegeübergängen, worauf schon wiederholt aufmerksam gemacht wurde. Es gibt zwar einzelne Radwegestücke, die dann aber plötzlich aufhören. Ferner findet man noch keine durchgehenden, bis ins Ziel markierten Radwegeverbindungen. Z.B. zum Friedhof, nach Mönchbruch, zum Badese, zum Naturfreundehaus u.s.w. Der Radweg von Mörfelden nach Mönchbruch, viele Jahrzehnte in Takt, wurde anlässlich einer Leitungsverlegung aufgerissen und ist seitdem unbefahrbar, ja er sieht aus wie ein Rübenacker. Auf eine Anfrage der DKP teilte Bürgermeister Brehl mit, daß dieses Jahr mit der Fertigstellung noch nicht zu rechnen ist.

Nun sage keiner, dafür ist kein - Geld vorhanden. Die entsprechenden Anträge wurden angenommen und im Haushaltsplan stehen mehrere hunderttausend Mark für Radwegeverbesserungen, Beschilderungen und für die Anschaffung von Fahrradständern und überdachten Fahrradabstellplätzen zur Verfügung. Nur müßte sich nun endlich etwas tun im Rathaus und in unserer Stadt, denn die Radfahrzeit beginnt jetzt. Vielleicht wartet der Bürgermeister noch mit seinem Startschuß bis in den Herbst, damit er den ersten Radweg kurz vor der Kommunalwahl im Frühjahr 93, einweihen kann.



Hinweisschilder für Radwege, wie hier in Rüsselsheim aufgenommen, findet man schon in vielen Städten und Gemeinden, jedoch nicht in unserer Stadt.



Vorbildliche Radwege in Rüsselsheim. Auf beiden Seiten der Straße hat man Radwege so angelegt, daß die Radfahrer vom Autoverkehr nicht gefährdet sind, denn es befinden sich zwischen der Fahrbahn und den Radwegen noch Parkflächen und Baumpflanzungen. Außerdem werden die Fußgänger bei dieser Anordnung auch nicht von den Radfahrern belästigt. Ein solcher Ausbau wäre auch in Mörfelden und Walldorf an mancher Stelle möglich.



Heute Ina, morgen...?

Am 3. Februar ereignete sich an der Straßenecke Berliner Str./Tübinger Str. ein tragischer Unfall. Die siebenjährige Ina Schöneberger wurde beim Überqueren der Straße von einem Pkw erfaßt und zu Boden geschleudert. Verdacht auf Schädelbruch, Notarzt, Krankenhaus. Heute ist Ina wieder gesund, doch trägt sie stets ein Medikament bei sich, falls sich Anfälle epileptischer Art einstellen sollten. Davor warnten die Ärzte bei ihrer Entlassung aus dem Krankenhaus. Wir fragen die Eltern des Mädchens nach ihren Initiativen seit dem Unfall.

bp: Sie waren seit dem Unfalltag nicht untätig. Was haben Sie gegen die Gefahr unternommen, damit nicht morgen wieder ein Kind "unter die Räder" kommt?

Frau Schöneberger: Zunächst ging es uns hauptsächlich um unser Kind. Nach dem Schrecken die ständige Angst, ob sie bleibende Schäden davonträgt. Auch heute sind wir wegen ihres Gesundheitszustandes noch in Sorge. Wir fragten uns oft: Warum gerade unser Kind, warum an dieser Straßenecke, ist die Verkehrssituation, der Straßenzustand schuld? Abgesehen von einer gewissen Mitschuld fast jedes Unfallbeteiligten an einem Unfall, kamen wir zu der Überzeugung, daß die Straßensituation und die Verkehrssituation ein großes Maß Schuld an dem Unfall hatten.

bp: Welche Gefahrenpunkte sehen Sie?

Herr Schöneberger: Da sind in erster Linie die parkenden Autos zu nennen. Sie stehen dicht beieinander, verengen den Bürgersteig (oft müssen Mütter mit Kinderwagen auf die Fahrbahn ausweichen). Kinder haben wegen ihrer Größe Schwierigkeiten, die Fahrbahn einzusehen und werden von herannahenden Autofahrern nicht oder zu spät wahrgenommen. Uns ist überhaupt schleierhaft, warum die Autos auf der Straße stehen, wo doch die Parkplätze auf den Grundstücken nachgewiesen sind. Vielfach ist wohl Bequemlichkeit die Ursache des chaotischen Parkens. Die Aufsicht des ruhenden Verkehrs ist völlig unzureichend. Als gravierender Gefahrenpunkt ist die Geschwindigkeit zu nennen. Erlaubt sind 50 km/h - einfach zu schnell, um bei Gefahr reagieren zu können.

bp: Sie sind Mitinitiatoren einer Bürgerinitiative. Welche Ziele haben Sie und wie sehen Ihre Aktivitäten aus?

Frau Schöneberger: Mit Nachbarn und Bekannten sprachen wir über die Gefahren. Aufklärung und Hinweisen auf die Gefahr, aber auch Appelle an die Vernunft der Autofahrer sind erste Aktionen, Flugblätter, Unterschriftensammlung, ein Infostand am 1. Mai im Bürgerhaus. Aber auch die politisch Verantwortlichen sind angesprochen, sich schnellstens um Gefahrenminderung zu sorgen. Wir nennen in erster Linie die Geschwindigkeit: 50 km/h ist einfach zu schnell für das Wohngebiet. Zwar gibt es den Beschluß des Stadtparlaments zu 30-km-Zonen, doch wann ist es so weit, daß dieser Beschluß auch umgesetzt wird? Als nächsten Punkt nennen wir das Parkproblem. Die Bürgersteige für die Bürger und nicht für die Autos. Der ruhende Verkehr ist zu kontrollieren - auch außerhalb der normalen Dienststunden. Straßeneinmündungen und -kreuzungen sind freizuhalten. Durch Straßenbegleitgrün sind die Straßen des Wohngebietes optisch zu verengen und somit der Verkehr zu verlangsamen. Die Aufwertung einzelner Straßen durch Vorfahrtsregelungen bewirken, daß auf diesen Straßen zu schnell gefahren wird.

bp: Das Straßenbegleitgrün und Umbaumaßnahmen benötigen Zeit...

Herr Schöneberger: ...die immer als Argument für die Verzögerung genannt werden. Dabei, denken wir, geht es auch ohne große Umbaumaßnahmen und Bepflanzungsaktionen, die viel Geld kosten und lange dauern. Das Wohnbaugebiet zwischen Bahn, Vitrollesring, B 486 und Zille- ring ist ein geschlossenes Gebiet ohne überregionale Verkehrsstraßen. Es könnte an den Einfahrtsstraßen beschildert werden. Das wäre der erste und entscheidende Schritt in diese Richtung. Die Details, welche Stellen verengt, bepflanzt, aufgepflastert etc. werden, kann man dann in Ruhe überlegen und Zug um Zug bewerkstelligen. Zum Schluß möchten wir nochmals einen dringenden Appell an die Autofahrer richten, in Wohngebieten schon jetzt 30 km/h zu fahren. Geben wir alle der Sicherheit eine Chance!

Behindertenfreundlich? (I)

Das Verbundpflaster des Bürgerhaus-Parkplatzes wurde teilweise neu verlegt. Während der Arbeiten waren die Behindertenparkplätze mehrmals durch abgestellte Baufahrzeuge blockiert. Schon seit Wochen liegt nun noch ein Häufchen Bauschutt dort - halb auf einem Behindertenparkplatz, halb im Wurzelbereich einer Pappel.

Behindertenfreundlich? (II)

Auf Antrag der DKP-Fraktion hatte das Stadtparlament beschlossen, ein auch für Behinderte zugängliches, öffentliches Telefon am SKV-Sportlerheim anzubringen. Die Mehrheit im Vereins-, Sport- und Kulturausschuß entschied nun anders. Das Telefon soll demnach im oberen Flur (14 Stufen aufwärts) eingerichtet werden.

Rot/Grüner Alltag in Mörfelden-Walldorf.

Stadtgeschichten



Sicher war es die Endstation einer Maitour im Jahre 1931, als sich die 14 junge Mörfelder vor dem Scheunentor im Hof der Gaststätte "Zum Rosengarten" (Gritsche Schorsch) für den Fotografen postiert haben. Viele wurden auf dem Bild wieder erkannt. Es waren, stehend von links, Philipp Arndt, Schorsch Kunz, Adam Knodt, unbekannt, Karl Fritz, Heinrich Schulmeyer, Philipp Hardt, unbekannt. Sitzend von links Philipp Dickkaut, Ludwig Schaffner, Jakob Schulmeyer, Adolf Schulmeyer, unbekannt, und Ludwig Kuchler.



Seit jeher zieht es die Menschen im Monat Mai hinaus in die Natur, um sich am frischen Grün der Wiesen und Bäume zu erfreuen. Noch vor Jahren wurde am 1. Mai nachmittags im Waldstadion, bei Kinderbelustigungen und sportlichen Darbietungen, gefeiert. Auch der sogenannte "Vatertag" ist für manche junge Männer heute noch der Anlaß zu einer feuchtfröhlichen Wanderung. Auch in jüngster Zeit wird der "Vatertag im Dreiklang" von der SKV im Waldstadion zünftig begangen.

Termin vormerken !

Das diesjährige Grillfest der DKP Mörfelden-Walldorf findet am Samstag, den 20. Juni 1992 ab 14.00 Uhr im Hof des "Goldenen Apfels" statt. Auch dieses Jahr wieder große Tombola.

FRÜHLINGSFEST DER NATIONEN

Am Sonntag, 24. Mai 1992, findet an der Bertha-von-Suttner-Schule ein Open-Air-Konzert in der Zeit von 11 bis 18 Uhr statt. Es spielen für Sie: Mike Melcher - Saure Gummern - Siggli Liersch - Pun Tow - SAVE-RAP-Gruppe P.O.S.I.T.I.V.E. and special guest - Schulcombo - Bessunger-Knabenschule-workshop-Band Folkloregruppen aus verschiedenen Ländern zeigen ihre Tänze. Ein internationales Buffet- von den Eltern der Schule zubereitet - und Spielmöglichkeiten für kleine und große Kinder runden das Fest ab. Der Erlös dieses Festes kommt hauptsächlich der Schule zugute; ein Teil wird aber auch für die Kinder aus Bychow sein, die uns nach den Sommerferien besuchen werden.